

Konjunktur aktuell: Die Erholung legt nur eine kurze Pause ein*

Internationale Konjunktur

Weltweite Erholung, aber Vertrauenskrisen in Europa

Das internationale Umfeld bietet im Frühjahr 2010 ein zwiespältiges Bild. Zwar sind die Signale der Realwirtschaft überwiegend positiv; auf den Finanzmärkten ist aber die seit April 2009 andauernde Aufhellung der Stimmung in den ersten Monaten des Jahres ins Stocken gekommen. In Europa sehen die Kapitalmärkte ernsthafte Insolvenzrisiken für Griechenland, in geringerem Umfang aber auch für eine Reihe anderer Mitgliedsstaaten des Euro-raums mit hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten (vor allem für Spanien, Irland und Portugal, siehe Kasten 1). Schon seit der überraschenden Revision der Defizitprognose durch die griechische Regierung im vergangenen Oktober sind die Finanzierungskosten dieser Länder drastisch gestiegen, und der Euro hat seitdem gegenüber dem US-Dollar etwa 8% an Wert eingebüßt. Aber auch auf den außereuropäischen Finanzmärkten haben sich die Erwartungen nicht weiter verbessert. So liegen die Aktienkurse Anfang März in den meisten wichtigen Industrie- und Schwellenländern etwa auf dem Niveau vom Jahresbeginn. Auch der Preisanstieg auf den Märkten für Energie und Industrierohstoffe hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres nicht fortgesetzt.

Dagegen hat die realwirtschaftliche Erholung in der Welt angehalten. Die Produktion von Industriegütern und vor allem der Welthandel expandierten zuletzt kräftig und haben zur Jahreswende etwa zwei Drittel ihres schweren Einbruchs aus dem Jahr 2008 wieder wettgemacht.¹⁴ Besonders hoch ist die Dynamik in den *asiatischen Volkswirtschaften*. In China, wo die Erholung schon im vergangenen Frühjahr angestoßen wurde, sahen sich die Behörden Anfang des Jahres schon wieder zu vorsichtigen Dämpfungsmaßnahmen veranlasst. Kaum weniger kräftig ist die Konjunktur in Indien. Andere Schwellenländer wie *Brasilien* und *Russ-*

land profitieren von dem kräftigen Wiederanstieg der Preise für Energie und Rohstoffe im zweiten Halbjahr 2009.

Labiler ist die konjunkturelle Lage in den Industrieländern. In *Japan* expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal 2009 mit über 1% zwar recht kräftig, die Erholung scheint aber noch auf externe Antriebskräfte angewiesen zu sein: Zum einen partizipieren die japanischen Exportindustrien am südostasiatischen Aufschwung, zum anderen wurde der private Konsum zuletzt stark von temporären steuerlichen Anreizen gestützt.

Die wirtschaftliche Lage in den *USA* hat sich deutlich stabilisiert. Im vierten Quartal 2009 expandierte die US-Wirtschaft kräftig, allerdings auch dank eines erheblichen Wachstumsbeitrags der Lagerinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen legten ebenfalls deutlich zu und der private Konsum zeigte sich robust. Allerdings ist der Immobiliensektor nach wie vor in der Krise und die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Die Lage auf den Immobilien- und den Arbeitsmärkten wird einem kräftigen Aufschwung in diesem und wohl auch im nächsten Jahr im Wege stehen.

In *Westeuropa* steht die Erholung auf vergleichsweise schwachen Beinen. Zwar schwindet auch hier, gemessen an Vertrauensindikatoren, schon seit verganginem Frühjahr der Pessimismus von Haushalten und Unternehmen. Im *Euroraum* ist die Erholung jedoch zuletzt, wohl auch im Zusammenhang mit dem Auslaufen finanzpolitischer Impulse, ins Stocken geraten: Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat Ende des vergangenen Jahres nach deutlichen Zuwächsen im Sommerhalbjahr stagniert, und lediglich Staatskonsum und Auslandsnachfrage legten zu. In diesem Jahr erhöhen die Sorgen um die Solvenz einiger Euro-raumstaaten die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und bremsen deshalb die Konsum- und Investitionsgüternachfrage. *Großbritannien* hat erst im Schlussquartal des vergangenen Jahres aus der Rezession gefunden; die private Nachfrage bleibt dort aber schwach.

Auch in *Mittelosteuropa* scheinen sich die meisten Länder im zweiten Halbjahr 2009 aus der Rezession gelöst zu haben, doch gibt es eine Reihe

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 14/2010 (Langfassung) am 15. März 2010 veröffentlicht.

¹⁴ Nach aktuellen Daten des niederländischen Forschungsinstituts CPB.

Kasten 1:

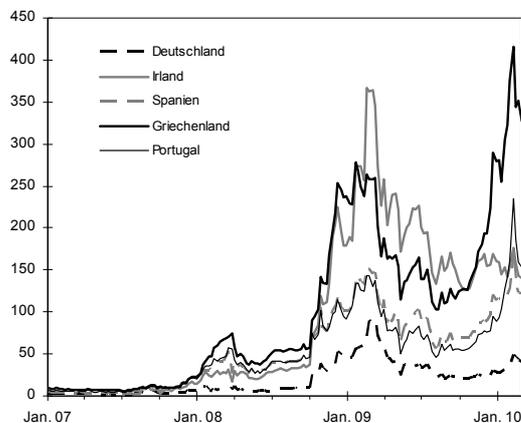
Vertrauenskrisen im Euroraum: Makroökonomischer Hintergrund

Seit dem Herbst 2008 und insbesondere seit dem vergangenen Winter kämpfen einige Staaten des Euroraums, vor allem Griechenland, aber auch Irland, Spanien und Portugal, gegen massive Vertrauensverluste auf den Finanzmärkten.^a Die Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte ist für diese Länder mit der Zahlung beträchtlicher Risikoprämien verbunden (Abbildung 1a). Darin kommt zum Ausdruck, dass die Finanzmärkte die fristgerechte und vollständige Bedienung der Staatsschulden infrage stellen. Die aktuellen Risikoprämien korrespondieren zum einen mit der Höhe des öffentlichen Budgetdefizits und zum anderen mit der Höhe der Leistungsbilanzdefizite (Abbildung 1b). Auf den Finanzmärkten herrscht offensichtlich die Vorstellung, dass dort, wo die gesamtwirtschaftlichen Ausgabenwünsche die Einnahmen erheblich übersteigen, also in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten, die notwendigen Konsolidierungsschritte bei den Staatsfinanzen politisch und ökonomisch besonders schwer durchsetzbar sind. Außerdem entstehen in Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten Nettoauslandsverbindlichkeiten, welche die finanziellen Handlungsspielräume dort zunehmend einengen. Zwar sind die Leistungsbilanzsalden in der jüngsten Rezession wieder etwas kleiner geworden; aber die Bereitschaft der Anleger, Risiken einzugehen, ist mit der Finanzkrise kräftig gesunken.

Was sind die Ursachen der hohen Leistungsbilanzsalden? In der öffentlichen Diskussion wird häufig auf den Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hingewiesen, insbesondere auf den Anstieg der Lohnstückkosten, der in der vergangenen Dekade in den betroffenen Ländern viel höher war als im Rest des Euroraums, und insbesondere als in Deutschland. Ein umfassender Blick auf die Entwicklung dieser Länder zeigt allerdings, dass die Budget- und Leistungsbilanzdefizite ebenso wie die Lohnstückkostendynamik ihre gemeinsamen Wurzeln im monetären Integrationsprozess der Euroraumländer haben. Als Peripherieländer haben Griechenland, Spanien, Irland und Portugal von der wirtschaftlichen Integration in der EU und insbesondere von der Errichtung des gemeinsamen Währungsraums Ende der 90er Jahre in besonderem Maß profitiert. Insbesondere importierten die Länder eine leistungsfähige Geld- und Währungsordnung, die bei den Wirtschaftssubjekten mehr Vertrauen genoss als ihre Vorgängerinstitutionen. Dies hatte zur Folge, dass Kapitalgeber drastisch niedrigere Risikozuschläge verlangten. Die Realzinsniveaus in diesen Ländern sanken deutlich. Kapitalgüter, insbesondere langlebige wie Immobilien, gewannen stark an Wert.

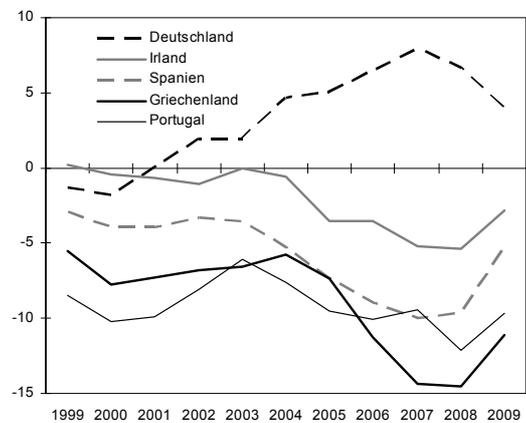
Abbildung 1:

(a) Credit Default Swap (CDS)-Prämien sechsjähriger Staatsanleihen
- in Basispunkten -



Quelle: Credit Market Analysis.

(b) Leistungsbilanzsalden
- in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, in % -



Quelle: OECD Economic Outlook.

IWH

Der optimale Kapitalstock stieg deutlich. Die Wirtschaftssubjekte reagierten darauf mit erhöhter Investitionstätigkeit. Trennt man in Investitionen ohne Wohnungsbau und Wohnungsbauinvestitionen (welche die Produktivität der Wirtschaft nicht direkt erhöhen), erkennt man Baubooms in Spanien und Irland sowie hohe sonstige Investitionen in Spanien und Portugal. Nur in Griechenland scheinen die Investitionen eher verhalten gewesen zu sein.

Die stärkere Integration der Peripherieländer in einen großen Wirtschaftsraum, die Übernahme von als überlegen angesehenen Institutionen und das Anwachsen des heimischen Kapitalstocks hellten die Perspektiven der privaten Haushalte bezüglich ihrer zukünftigen Einkommensentwicklung auf. Dies veranlasste zusammen mit dem Wunsch nach intertemporaler Glättung des Konsums sowie der Absenkung des Realzinsniveaus die privaten Haushalte dazu, weniger zu sparen. Am Ende des Booms waren die Sparquoten der Haushalte in allen Peripherieländern deutlich niedriger als im Durchschnitt des Euroraums. Die Senkung der Sparquoten und der Anstieg der Investitionen wurden durch Kapitalimporte, also Leistungsbilanzdefizite ermöglicht. Höhe und Dauer ihres Bestandes wurden schon vor Ausbruch der Krise in der öffentlichen Diskussion und in der Fachwelt mit Sorge betrachtet. Auch das Ausmaß der Immobilienbooms in Spanien und Irland wurde von vielen für eine fundamental nicht gerechtfertigte Übertreibung gehalten, und diese Einschätzung hat sich jetzt wohl allgemein durchgesetzt.

Eine Folge der hohen Leistungsbilanzdefizite war der Anstieg der heimischen Produktionskosten, etwa der Löhne, aber auch anderer lokaler Faktorpreise wie Bodenrenten. Denn die hohe heimische Nachfrage konnte für die Gruppe nicht handelbarer Güter (etwa von Immobilien) nicht durch Importe befriedigt werden, sodass die heimischen Anbieter dieser Güter hohe Preissteigerungen durchsetzen konnten. Auf Dauer stiegen wegen der Interdependenzen von Güter- und Faktormärkten nicht nur die Preise für die nicht handelbaren Güter, sondern auch das gesamte Kosten- und Preisniveau der Peripherieländer und die nominalen Faktorentlohnungen in allen Sektoren, was sich auch in einem Anstieg der Lohnstückkosten niederschlug.

Dass relativ hohe Lohnsteigerungen weniger Ursache als Folge der stark steigenden heimischen Absorption waren, macht ein Blick auf die Lohnquotenentwicklung deutlich. Die Lohnquote ist in allen Peripherieländern im vergangenen Jahrzehnt bis zum Ausbruch der Krise zurückgegangen (mit Ausnahme von Irland, wo sie aber auch nicht angestiegen ist). In dem größten Peripherieland Spanien war der Rückgang mit etwa vier Prozentpunkten^b so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Die Lohnsteigerungen hinkten also zumindest in Spanien den Preissteigerungen heimischer Güter deutlich hinterher.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es in den Peripherieländern jüngst zu einer Revision der überoptimistischen Einkommenserwartungen gekommen. Das Ausgabeverhalten passt sich in diesen Ländern den Einkommen an, und die Leistungsbilanzdefizite schrumpfen. Die schwächere Nachfrage nach heimischen Gütern und der damit verbundene Beschäftigungsrückgang werden auch die Lohnstückkosten dämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Allerdings kann sich dieser Prozess schmerzlich lange hinziehen. Um schon jetzt das Vertrauen der Kapitalmärkte in die Solvenz der Staaten zurückzugewinnen, führt kein Weg an der Verabschiedung und Umsetzung glaubwürdiger Konsolidierungsprogramme vorbei. Dass dieser Weg erfolgreich sein kann, zeigt das irische Beispiel. Dort haben überzeugende Konsolidierungsschritte die Prämie für irische Staatsanleihen wieder ein Stück weit zurückgehen lassen.

^a Siehe hierzu auch DIETRICH, D.; LINDNER, A.: Spannungen im Euroraum unter dem Druck der Weltfinanzkrise, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Themenheft Weltfinanzkrise, März 2009, S. 35-38. – ^b Gemäß AMECO, einer makroökonomischen Datenbank der Europäischen Kommission.

von Sonderfällen: Polen ist eine rezessive Phase ganz erspart geblieben, während Ungarn immer noch in einer Stabilisierungskrise steckt. Die Binnennachfrage wird in allen Ländern aufgrund der verbreitet angespannten Arbeitsmarktlage und der niedrigen Kapazitätsauslastung nur geringe Dynamik entfalten. Für viele Wirtschaften der Region hat der Außenhandel eine besonders große Bedeutung. Er wird der Konjunktur in Mittelosteuropa im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung Impulse geben, die aber begrenzt bleiben, denn im Euroraum, der wichtigsten Partnerregion, bleibt die Erholung schleppend. Der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte wird das Wirtschaftswachstum zusätzlich dämpfen und je nach Ausmaß der Defizite zu einer weiteren Differenzierung unter den Ländern führen. Volkswirtschaften mit besonderen Schwierigkeiten diesbezüglich bleiben neben Ungarn und Rumänien auch die baltischen Länder, in denen es im vergangenen Jahr besonders heftige Stabilisierungskrisen gab.

Die baltischen Staaten haben mit den USA, Großbritannien und einem Großteil des Euroraums gemein, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Abwärtskorrektur der Immobilienpreise ausgelöst und die Vermögenspositionen von privaten Haushalten, aber auch von vielen Unternehmen, deutlich verschlechtert hat. Beide reagieren mit vorsichtigerem Ausgabeverhalten. Zudem bedeuten gesunkene Vermögenswerte geringere Spielräume zur Besicherung von Krediten. Die private Nachfrage wird durch beide Effekte langfristig belastet. Auch die Spielräume der Finanzpolitik werden für diese Ländergruppe eingengt: Die Krise des Immobiliensektors riss (im Fall der USA, Großbritanniens und Irlands zusammen mit den Stabilisierungsmaßnahmen für den Finanzsektor) gewaltige Löcher in die öffentlichen Haushalte. Dort, wo Zweifel aufkommen, dass die Politik in der Lage ist, die Defizite auf ein nachhaltiges Maß zurückzuführen, kommt es zu den anfangs angesprochenen Vertrauenskrisen. Sie werden, solange sie anhalten, eine Fortsetzung der Erholung blockieren, schon weil die betroffenen Staaten zu einer deutlich restriktiven Finanzpolitik gezwungen sind.

Weltweit gilt, dass die Finanzpolitik in diesem und im nächsten Jahr ihren Expansionsgrad zurückführen wird. Während die Zentralbanken in vielen Schwellenländern mit Zinserhöhungen auf

Inflationsrisiken reagieren werden, geht es in den USA, in Westeuropa und in Japan in diesem Jahr vor allem um die schrittweise Rückführung der Liquiditätsausstattung der Geschäftsbanken. Die weltwirtschaftliche Erholung setzt sich trotz alledem fort, verliert aber im Verlauf des Jahres 2010 etwas an Tempo. Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Erholung stellt dabei die seit Ausbruch der Finanzkrise geringere Risikotoleranz der Investoren dar. So ist auch für den Prognosezeitraum damit zu rechnen, dass schlechte Nachrichten über die Bonität öffentlicher Schuldner oder wichtiger Finanzinstitute heftige Reaktionen auf den Kapitalmärkten auslösen könnten.

Deutsche Konjunktur

Stagnation am Jahresende bremst die Erholung nur geringfügig

Im vierten Quartal des Jahres 2009 hat die wirtschaftliche Erholung in Deutschland einen Dämpfer erlitten. Die Produktion stagnierte und der private Konsum ist deutlich zurückgegangen. Auch die Bauinvestitionen sind wesentlich schwächer ausgefallen als bisher erwartet. Der Arbeitsmarkt zeigt sich hingegen weiterhin sehr robust; auch zum Jahreswechsel hat es keine Entlassungswelle gegeben. In der vorliegenden Prognose wird deshalb davon ausgegangen, dass die Anpassung am Arbeitsmarkt auch weiterhin graduell verläuft und es nicht zu einem abrupten Einbruch infolge der Krise kommt: In Deutschland ist vornehmlich die Nachfrage nach Industriegütern eingebrochen; und dies wird – anders als etwa die Probleme des Immobiliensektors in den USA oder in Spanien – für vorübergehend gehalten. Deshalb bemühen sich die Unternehmen in Deutschland, ihren Mitarbeiterstamm zu halten, während in Ländern wie den USA und Spanien die Beschäftigung drastisch zurückgefahren wurde. Die Entlastung durch die ausgeweiteten Kurzarbeiterregelungen sowie die Anpassungskosten, die sowohl bei der Reduktion des Personals als auch bei einem erneuten Personal-aufbau anfallen, scheinen die Unternehmen zu veranlassen, auf Entlassungen zu verzichten und die damit verbundene deutlich niedrigere Arbeitsproduktivität in Kauf zu nehmen. Dies ist auch des-

halb möglich, weil sich die Lohnkosten in Deutschland vor der Krise relativ günstig entwickelt haben.

Kasten 2:

Annahmen für die Prognose

- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt ab dem zweiten Quartal 2010 sowie für das Jahr 2011 bei 1,36.
- Die EZB wird in diesem und im kommenden Jahr den Leitzins unverändert lassen; die Geldmarktsätze werden im Zuge einer Normalisierung im Bankensektor langsam auf 1,1% steigen.
- Der Welthandel steigt im Jahr 2010 um 9% und im Jahr 2011 um 6,4%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2010 im Schnitt bei 77 US-Dollar und im Jahr 2011 bei 80 US-Dollar pro Barrel.
- Die Tarifröhne steigen in Deutschland in den Jahren 2010 und 2011 um je 1,4%.
- Die expansiven Impulse der Finanzpolitik laufen im Prognosezeitraum aus.

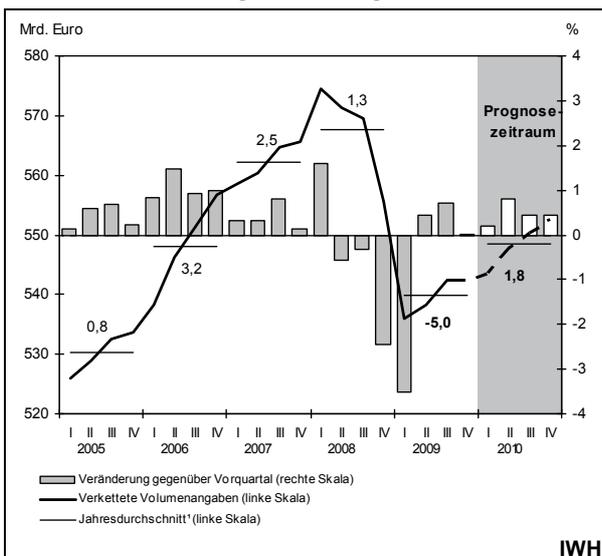
Die kurze Stagnation im Winterhalbjahr wird die konjunkturelle Erholung insgesamt nicht gefährden. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass es im zweiten Quartal 2010 zu erheblichen Nachholeffekten kommen und die Produktion wieder stärker wachsen wird. Die Konjunktur wird im Jahr 2010 weiterhin wesentlich vom Außenhandel getragen – auch wenn sich die Aussichten für den Euroraum zuletzt etwas verschlechtert haben. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland unter den in Kasten 2 dargelegten Annahmen im Jahr 2010 um 1,8% zulegen (vgl. Abbildung 2). Die konjunkturelle Erholung wird sich im Jahr 2011 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 1,8% weiter fortsetzen. Allerdings wird auch dann noch eine negative Produktionslücke bestehen und der wirtschaftliche Einbruch des vergangenen Jahres nicht vollständig aufgeholt sein.

Exporte bleiben im Aufwärtstrend

Nach dem kräftigen Einbruch im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise legten die deutschen Ausfuhren in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder deutlich zu. Dies galt insbesondere für die Lieferungen in die asiatischen Schwellenländer. Zudem profitierten die deutschen Exportgüterproduzenten von nachfragestimulierenden Maßnahmen in wichtigen westeuropäischen Handelspartnerländern und in den USA.

Während sich die recht hohe konjunkturelle Dynamik der vergangenen Monate in den Schwellenländern und den USA weiter fortsetzen dürfte, haben sich die Perspektiven für den Euroraum, in den knapp die Hälfte der deutschen Ausfuhren fließt, eingetrübt. Folglich expandieren die deutschen Exporte in diesen wichtigen Absatzmarkt im Prognosezeitraum nicht mehr in dem Maße wie in den zurückliegenden Monaten. Demgegenüber werden die Lieferungen in viele Drittländer weiterhin recht kräftig ausgeweitet. Die deutschen Ausfuhren in diese Länder werden durch die Euro-Abwertung gestützt. Im weiteren Verlauf wird die Exportnachfrage zunehmend durch die sich weltweit wieder belebende Investitionstätigkeit ange-regt. Alles in allem werden die Ausfuhren 2010 um knapp 8% und im kommenden Jahr um gut 6% zulegen.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 1. Quartal 2010: Prognose des IWH.

Die deutschen Einfuhren gingen zum Jahresende 2009, nach kräftiger Expansion im dritten Quartal, erneut zurück. Dies betraf vor allem den Import von Fahrzeugen und Konsumgütern, aber auch von Rohstoffen. Im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung werden auch die Einfuhren im Prognosezeitraum wieder ausgeweitet. Jedoch dürfte insbesondere die verhaltene Entwicklung der Konsumnachfrage den Importanstieg im Jahr 2010 bremsen. Die Einfuhren legen im laufenden Jahr um 3,7% zu. Damit trägt der Außenhandel im Jahr 2010 erheblich zum Produktionsanstieg bei. Sein Beitrag dürfte aber im Jahr 2011 bei wieder stärker zunehmenden Importen geringer werden.

Unternehmensinvestitionen fassen langsam wieder Tritt

Die Unternehmen haben zum Jahresende 2009 weniger in Ausrüstungen investiert als noch im Sommerhalbjahr. Damals sind zuvor zurückgestellte Ersatzinvestitionen vermehrt vorgenommen worden. Die Auftragseingänge der Maschinenbauer und Gerätehersteller aus dem Inland signalisieren aber, dass sich der erhöhte Ersatz von Ausrüstungen zunächst noch fortsetzen wird. Im späteren Jahresverlauf werden die Unternehmensinvestitionen Impulse von vorgezogenen Projekten zur Mitnahme der noch bis zum Jahresende gültigen degressiven Abschreibungsbedingungen erhalten. Im Jahr 2011 werden die Unternehmen im Sog der Exportkonjunktur ihre Investitionen weiter ausdehnen, wenn auch vergleichsweise zurückhaltend. Es fehlen die vorgezogenen Projekte, und das Investitionsgeschehen bleibt – bei zwar höher-, aber immer noch unterausgelasteten Produktionskapazitäten – von Rationalisierung und Ersatz dominiert. Auch dürften die internen Finanzierungsspielräume vieler Unternehmen wegen stark abgeschmolzenen Eigenkapitals eingeschränkt bleiben und die externen Finanzierungsbedingungen sich zunächst ebenso nicht wesentlich verbessern.

Die Bauinvestitionen haben nach einer Erholung im Sommerhalbjahr zuletzt ebenfalls leicht nachgegeben. Der Nachfragerückgang ging ausschließlich vom Wirtschaftsbau aus, während der Wohnungsbau von den niedrigen Hypothekenzinsen und der öffentliche Bau von den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung profitierte. Im

laufenden Jahr bleiben diese beiden Sparten die Stütze der Baunachfrage, auch wenn sich wegen des anhaltend kalten Winters im Jahresverlauf zeitliche Verzögerungen ergeben. Im Jahr 2011 wird der Wohnungsbau mit den abnehmenden Arbeitsmarktrisiken anziehen, die Zuwächse bleiben aber wegen schwach steigender Realeinkommen eher moderat. Der Wirtschaftsbau erhält Anregungen, wenn die höheren Ausrüstungsinvestitionen auch bauliche Änderungen nach sich ziehen. Der öffentliche Bau wird mit der Rückführung der konjunkturstützenden Ausgaben dagegen kräftig schrumpfen. Dies führt im Jahr 2011 alles in allem zu einer geringeren Baunachfrage als im Jahr zuvor.

Zuletzt schwacher privater Konsum stabilisiert sich

Nach dem Auslaufen der Abwrackprämie ist der private Konsum im zweiten Halbjahr 2009 stark gesunken. Da der Arbeitsmarkt weiter robust bleibt und die Konjunktur langsam wieder Tritt fasst, ist allerdings nicht zu befürchten, dass sich der Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte länger fortsetzt. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte im Jahr 2010 moderat verlaufen und kaum das Niveau des Vorjahres erreichen. Erst 2011, wenn sich die konjunkturelle Verbesserung festigt, wird der private Konsum wieder etwas stärker zulegen. Dafür spricht, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte weiterhin stabil bleiben und dass auch aufgrund der wieder abnehmenden Beschäftigungsrisiken die Sparquote rückläufig sein wird. Mit der im Prognosezeitraum immer geringer werdenden Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung erhält die Lohnsumme wieder einen leichten Auftrieb. Insgesamt wird die Summe der Bruttolöhne und -gehälter aber im aktuellen Jahr stagnieren und erst 2011 wieder steigen, weil davon auszugehen ist, dass die Vermeidung von Entlassungen fortgesetzt und nicht durch größere Lohnsteigerungen erschwert wird. Damit werden auch die nominalen verfügbaren Einkommen 2010 nicht wesentlich steigen und real leicht sinken. Im nächsten Jahr kommt es zu einer leichten Erhöhung der realen verfügbaren Einkommen.

Die Verbraucherpreise werden im Jahr 2010 weitgehend stabil bleiben. Nach dem schwachen Preisauftrieb der letzten Monate ist für den Jahres-

durchschnitt ein Anstieg der Verbraucherpreise um 0,5% zu erwarten. Die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen sind angesichts der niedrigen Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiterhin begrenzt. Für den Prognosezeitraum wird außerdem davon ausgegangen, dass die Rohstoffpreise nur leicht steigen. Für das Jahr 2011 ist mit einer Inflationsrate von 1,1% zu rechnen.

Produktion durch Nachholeffekte und langsame Erholung gekennzeichnet

Nach der gesamtwirtschaftlichen Belebung im Sommerhalbjahr nahm die Produktion im vierten Quartal des vergangenen Jahres zunächst nicht weiter zu. Im Verarbeitenden Gewerbe lag sie nur knapp über dem Niveau des Vorquartals. Zwar war die Auslandsnachfrage erneut gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Hingegen ging die Nachfrage nach Investitionsgütern und – bedingt durch die schwache Entwicklung der Einkommen – auch nach Konsumgütern zurück. Im Baugewerbe stagnierte die Produktion vor allem deshalb, weil im Wirtschaftsbau die Nachfrage rückläufig war. Die Wertschöpfung im Handel und im Gastgewerbe schrumpfte, und auch bei den Finanzdienstleistern nahm die Wertschöpfung ab.

Der Start in das Jahr 2010 war ebenfalls verhalten. Die besonders ungünstige Witterung schränkte die Bautätigkeit zu Beginn dieses Jahres erheblich ein. Die Wertschöpfung im Baugewerbe lag um etwa ein Zehntel unter dem Niveau des Vorjahresquartals. Davon waren über den Vorleistungsverbund viele Wirtschaftsbereiche – wie beispielsweise die Industrie, der Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden und der Verkehr – direkt und indirekt betroffen. Allerdings stieg die Ausbringung des Energiesektors witterungsbedingt besonders kräftig an. Nach dem Winterhalbjahr wird die Produktion allmählich wieder an Fahrt gewinnen. In einigen Bereichen – wie dem Baugewerbe – ist dies zu einem beträchtlichen Teil durch Nachholprozesse infolge des strengen Winters bedingt. Die Industrieproduktion wird infolge der Impulse vom Export zunehmen. Allerdings wird auch die sich wieder belebende Nachfrage nach Ausrüstungsgütern die Produktion bei den Investitionsgüterproduzenten anregen. Die Produktion im Handel und bei den konsumnahen Dienstleistern wird wegen der schwachen Entwicklung der Einkommen

der privaten Haushalte auch weiterhin nur geringfügig zunehmen. Hingegen wird die Wertschöpfung bei den Unternehmensdienstleistern von der Ausweitung der Industrieproduktion profitieren.

Insgesamt wird in diesem Jahr die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,8% gegenüber dem Vorjahr expandieren. Dabei entfallen allerdings 0,5 Prozentpunkte des Zuwachses auf den statistischen Überhang. Im Jahr 2011 wird das Bruttoinlandsprodukt ebenfalls um 1,8% (Überhang: 0,8%) zunehmen. Allerdings wird im vierten Quartal des Jahres 2011 die gesamtwirtschaftliche Produktion erst ein Niveau erreicht haben, das in etwa dem Stand von Mitte des Jahres 2007 entspricht.

Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor erstaunlich robust

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im vierten Quartal 2009 – trotz Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion und anhaltend hoher Lohnkostenbelastung – nicht verschlechtert: Die Zahl der Erwerbstätigen lag saisonbereinigt in etwa auf dem Niveau des Vorquartals, das geleistete Arbeitsvolumen nahm vor allem infolge des Rückgangs der Kurzarbeit mit 0,5% zu. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorquartal sogar leicht gesunken. Diese insgesamt positive Entwicklung hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2010 fortgesetzt: Die Zahl der Erwerbstätigen sowie die der registrierten Arbeitslosen verblieben in etwa auf dem gleichen Niveau wie Ende vergangenen Jahres. Die besonders ungünstige Witterung hat bislang kaum negative Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Der für das Winterhalbjahr prognostizierte Schock auf dem Arbeitsmarkt blieb aus. Bei der Prognose der Arbeitsmarktentwicklung wurde bisher unterstellt, dass sich die Kostenbelastung der Produktion und damit die preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen infolge des drastischen Nachfrage- und Produktionseinbruchs so verschlechtert hätten, dass der Personalbestand deutlich verringert werden müsste. Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen fiel allerdings erheblich günstiger aus als bisher prognostiziert.¹⁵ Dabei wurde die Beschäftigungs-

¹⁵ Eine aktuelle Analyse der Bestimmungsfaktoren für die – sowohl im internationalen Vergleich wie auch im Vergleich zu früheren Krisen – überraschend verhaltene Reak-

entwicklung von zwei gegenläufigen Tendenzen getragen: *Zum einen* wurde im stark exportabhängigen Verarbeitenden Gewerbe der Personalbestand deutlich abgebaut. Hier nahm die Beschäftigung das fünfte Quartal in Folge ab. Der Rückgang betrug – bei einem Produktionsrückgang in der Größenordnung von etwa 20% – ca. 350 000 Personen bzw. 4,5%. Mit knapp 7,3 Millionen Erwerbstätigen wurde im vierten Quartal des Jahres 2009 sogar der tiefste Beschäftigungsstand seit 1991 erreicht.¹⁶ Nichtsdestotrotz lagen die Lohnstückkosten im vierten Quartal noch um 23,6% über dem Stand vom ersten Quartal des Jahres 2008, dem Zeitraum mit dem höchsten Produktionsstand in der Gesamtwirtschaft im vergangenen konjunkturellen Aufschwung. Demnach versuchen die Unternehmen nach wie vor, ungeachtet der hohen Kostenbelastung ihren Bestand an qualifiziertem Personal über die Krise hinweg zu halten. Dies ist von den Unternehmen nur zu verkraften, weil sie im vorangegangenen kräftigen Aufschwung ihre Eigenkapitalbasis deutlich gestärkt haben. *Zum anderen* wurde im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, die überwiegend für regionale Märkte produzieren, der Personalbestand aufgebaut. Dabei dürfte es sich in größerem Umfang um Teilzeitbeschäftigte handeln. Oftmals wurden dabei Vollzeitjobs durch Teilzeitarbeitsplätze verdrängt. Insgesamt steht dem kräftigen Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe ein Aufbau des Personalbestandes im tertiären Bereich gegenüber. Per Saldo ist dadurch die Zahl der Beschäftigten insgesamt in etwa gleich geblieben.

Im Verlauf des Jahres 2010 wird die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 260 000 Personen abnehmen. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Rückgang um 180 000 Personen bzw. knapp 0,5%. Aufgrund des kräftigen Rückgangs des Arbeitsangebots sinkt die registrierte Arbeitslosigkeit unterproportional. Die Zahl der Arbeitslosen wird um etwa 115 000 Personen über dem Vorjahreswert liegen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Ar-

tion des deutschen Arbeitsmarktes auf den gravierenden Produktionseinbruch findet sich bei MÖLLER, J.: German Labor Market Response in the World Recession – Demystifying a Miracle, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, 2010/4, S. 325-336.

¹⁶ Dabei ist noch nicht der starke Rückgang der Zahl der Leiharbeiter berücksichtigt, die statistisch den Unternehmensdienstleistern zugerechnet werden.

beitslosenquote wird von 7,8% auf 8,1% steigen. Trotz der weiteren Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden im Verlauf des Jahres 2011 die Unternehmen aufgrund der hohen Arbeitskostenbelastung ihren Personalbestand weiter abbauen. Im Jahresdurchschnitt werden etwa 240 000 Personen weniger erwerbstätig sein als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt liegt die Zahl der Arbeitslosen um ca. 200 000 Personen über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote wird dann 8,6% betragen.

Ostdeutschland

In Ostdeutschland fiel der Produktionsrückgang mit 4% im Jahr 2009 geringer als in Westdeutschland aus, er ist jedoch erst im späteren Verlauf des Jahres zum Stillstand gekommen.¹⁷ Die treibenden Kräfte der konjunkturellen Erholung von den Auslandsmärkten haben sich langsamer entfaltet, werden aber in diesem und dem kommenden Jahr wieder für Produktionszuwächse sorgen. Allerdings bleibt ihre gesamtwirtschaftliche Wirkung geringer als in den exportintensiven westdeutschen Bundesländern. Dies gilt wegen des relativ kleinen Gewichts der Hersteller von Investitionsgütern auch für die Anregungen aus der Aufhellung des Investitionsklimas in Deutschland. Nach Ende des langanhaltenden Winters wird die Bauwirtschaft in diesem Jahr Auftrieb von den konjunkturstützenden Maßnahmen erhalten; mit dem Auslaufen der Programme dürfte es 2011 zu Rückgängen kommen. Die Entwicklung der stärker auf das Inland ausgerichteten ostdeutschen Wirtschaft wird in diesem Jahr besonders von der moderaten Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte in Deutschland gebremst. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2010 um 1% und damit schwächer als in Westdeutschland steigen.

Trotz der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2010 wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt aufgrund der krisenbedingt hohen Arbeitskostenbelastung nochmals verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2010 um 28 000 Personen bzw. 0,5% unter

¹⁷ Vgl. LUDWIG, U.; EXSS, F.: Konjunkturbarometer Ostdeutschland – Mühsamer Aufstieg der Produktion aus dem Krisental, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2010, S. 135.

den Vorjahresstand sinken. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe, in dem – wie in Westdeutschland – der Bestand an Kurzarbeitern zurückgefahren werden dürfte, geht der Personalbestand zurück. Allerdings wird der Beschäftigungsabbau in der Industrie im Vergleich zu Westdeutschland schwächer ausfallen, da die von der Krise besonders betroffenen Produktionszweige unterrepräsentiert sind. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird infolge des weiteren Rückgangs des Arbeitsangebots nicht steigen. Im Jahr 2010 wird die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote 12,7% und im Jahr 2011 etwa 12,5% betragen.

Öffentliche Kassen verzeichnen Rekorddefizite

Im Verlauf des vergangenen Jahres schlug sich die Finanzkrise zunehmend in den öffentlichen Haushalten nieder; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt schnellte das gesamtstaatliche Defizit von 0% auf 3,3% hoch. Im Jahr 2010 wird es nun nochmals zunehmen, und zwar auf 4,9%; im Jahr 2011 dürfte es dann leicht zurückgehen, nämlich auf 4,6%. War die Verschlechterung der öffentlichen Finanzen anfangs noch größtenteils dem entschiedenen Eingreifen der Finanzpolitik geschuldet, so haben die öffentlichen Haushalte mittlerweile verstärkt die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zu tragen.

Bereits zu Beginn der Krise waren auf der Einnahmenseite die Gewinnsteuern eingebrochen, und finanzpolitische Eingriffe erfolgten auch mittels Steuerentlastungen. In diesem Jahr werden die Einnahmen aus den Gewinnsteuern nochmals stark zurückgehen. Die beiden aufkommensstärksten Steuern, die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer, haben sich demgegenüber bis zuletzt robust gezeigt – vor allem weil der Arbeitsmarkt entgegen ursprünglichen Erwartungen bemerkenswert stabil blieb. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zwar nicht dramatisch, aber dennoch sukzessive verschlechtern wird. Die Zahl der Arbeitnehmer wird nach wie vor ein vergleichsweise hohes Niveau aufweisen. Allerdings werden die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer sich nur verhalten entwickeln – auch weil die Tarifparteien Lohnzurückhaltung üben. Zudem traten zu Beginn des Jahres weitere Steuererleichterungen in Kraft. Insgesamt werden die

Einnahmen aus der Lohnsteuer zurückgehen – aber wiederum nur leicht. Demgegenüber werden die Mehrwertsteuereinnahmen – anders als in der vergangenen Rezession – mit der inländischen Nachfrage weiterhin zulegen. Alles in allem werden die Steuereinnahmen insgesamt aber nochmals mit 2,5% zurückgehen, bevor sie dann im kommenden Jahr wieder leicht zunehmen werden.

Im Jahr 2010 werden die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen um 1% steigen. Auch hier wirkt die relativ robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt einnahmestabilisierend. Zudem sinkt die Zahl der Kurzarbeiter in jahresdurchschnittlicher Betrachtung, was für sich genommen die Beitragssatzzahlungen erhöht. Auch werden einige Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben. Zudem wird davon ausgegangen, dass nach geltender Rechtslage der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2011 auf 3% angehoben wird; alles in allem werden die Beitragseinnahmen aber nur wenig zunehmen.

Auf der Ausgabenseite weisen die Vorleistungen und die sozialen Sachleistungen wie zuvor eine hohe Dynamik auf. Während der Anstieg bei den Vorleistungen teilweise mit Maßnahmen der Konjunkturpakete erklärt werden kann, sind es die Ausgaben im Gesundheitswesen, die mit einem nach wie vor hohen Expansionstempo den Anstieg der sozialen Sachleistungen determinieren. Noch stärker steigen allerdings die monetären Sozialleistungen des Staates. Auch hier sind im Zuge der Konjunkturpakete einige Transferleistungen – beispielsweise das Kindergeld – erhöht worden, und die erste Hälfte des Jahres 2010 ist noch durch die hohe Rentenanpassung Mitte vergangenen Jahres geprägt. Die Arbeitnehmerentgelte werden ebenfalls nochmals überdurchschnittlich zulegen, auch aufgrund des jüngsten Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst. Vor allem aber nehmen die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen deutlich zu – auch wenn die Bundesagentur für Arbeit mit einem deutlich besseren Finanzergebnis abschließen wird als ursprünglich geplant.

Die größte Dynamik auf der Ausgabenseite weisen die Investitionsausgaben auf. Sie werden in diesem Jahr mit knapp 9% zulegen, bevor sie im kommenden Jahr um 13,3% zurückgehen. Waren die Investitionsausgaben der Jahre 2009 und 2010 durch Mehrausgaben in zweistelliger Milliarden-

höhe geprägt, sind weitere zusätzliche Ausgaben nicht zu erwarten. Dann bedingt aber allein das Ausbleiben eines weiteren Impulses einen drastischen Einbruch bei den öffentlichen Investitionen.

In der hier vorgelegten Prognose wird davon ausgegangen, dass die vorerst verhaltene wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum die Refinanzierungskosten des Staates noch längere Zeit drücken wird. Selbst bei diesen günstigen Finanzierungsbedingungen werden die Zinsausgaben im Jahr 2010 mit mehr als 5% expandieren. Bei dem nunmehr höheren Schuldenstand birgt der Anstieg des durchschnittlich für Staatsschulden zu zahlenden Zinssatzes ein Risiko für den Staatshaushalt.

Wirtschaftspolitik

Für die Wirtschaftspolitik bleibt der sanfte Ausstieg aus der expansiven Geld- und Finanzpolitik die zentrale Aufgabe. Obwohl die Entwicklung im vierten Quartal des vergangenen Jahres schwächer ausgefallen ist als ursprünglich erwartet, können die Nachwehen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kein Vorwand sein, die notwendige Konsolidierung aufzuschieben.

Die Risikotoleranz der Finanzmärkte ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise gesunken. Gerade deshalb ist für die Geldpolitik eine klare Kommunikation der Exit-Strategie von Bedeutung, denn sie schafft Planungssicherheit. Für die Finanzpolitik ergibt sich aus der zentralen Erkenntnis der Krise, dass ein handlungsfähiger Staat eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung ist, die zwingende Notwendigkeit, die Konsolidierungsanstrengungen nicht auf die lange Bank zu schieben. Außerdem zeigen die jüngsten Entwicklungen, wie bedeutsam Reformen des ordnungspolitischen Rahmens für das Bankensystem sind. Dazu gehört insbesondere, für bislang als systemrelevant geltende Banken ein Insolvenzverfahren zu ermöglichen, das die systemischen Ansteckungseffekte von Bankenzusammenbrüchen vermeidet. Auf diese Weise könnte zum einen das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsektors gestärkt werden; zum anderen kann der Staat nur so glaubwürdig vermitteln, dass er auf Bankenrettungen verzichten wird, wodurch übermäßige Risiken im Bankensystem auch langfristig eingeschränkt werden dürften.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik hat auf die schwerste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise mit deutlichen fiskalischen Impulsen reagiert. Diese Strategie hat sich (vorerst) als erfolgreich erwiesen; die staatlichen Maßnahmen haben auch aufgrund ihrer vertrauensbildenden Wirkung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert und geholfen, einen schärferen Einbruch zu verhindern. Ob diese Strategie allerdings auch langfristig Erfolg hat, wird davon abhängen, ob und wann dem Staat der Rückzug aus der expansiven Politik gelingt.

Schon im Prognosezeitraum zeigt sich, dass – obgleich das Zinsniveau zurzeit noch niedrig ist – die gestiegene Staatsverschuldung die Kosten für den Schuldendienst nach oben treibt. Bereits im Jahr 2009 nahm die Zins-Steuerquote¹⁸ um einen Prozentpunkt auf 12,3% zu. Dies war allerdings noch durch die wegbrechenden Steuereinnahmen bedingt. Im Jahr 2010 wird die Quote erneut um einen Prozentpunkt ansteigen – nun allerdings vor allem, weil der Schuldenstand im Zuge der Konjunkturpakete zugenommen hat. Wenn schließlich die Zinsen bei wieder höherer Wirtschaftsdynamik steigen werden, wird die Zinslast für die öffentlichen Haushalte spürbar zunehmen, und die Zins-Steuerquote wird im Jahr 2011 nochmals um einen halben Prozentpunkt zulegen – dieses Mal bei langsam wieder anziehenden Steuereinnahmen. Der Handlungsspielraum für eine gestaltende Finanzpolitik engt sich damit bereits im Prognosezeitraum deutlich ein. Zudem besteht die Gefahr, dass der Staat in Zeiten zurückhaltender Kreditvergabe immer stärker in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft tritt. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte scheint vor diesem Hintergrund unabdingbar.

Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Zinspolitik auch seit Jahresbeginn nicht geändert; der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seit Mai 2009 noch immer bei historisch nied-

¹⁸ Die Zins-Steuerquote gibt an, welcher Teil der Steuereinnahmen von vornherein für den Schuldendienst gebunden ist und daher für aktive Finanzpolitik nicht mehr zur Verfügung steht.

rigen 1,00%. Im Rahmen ihrer Liquiditätspolitik kündigte die EZB im März 2010 an, nur noch die Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der Gebote durchzuführen. Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte hingegen werden bereits ab April 2010 wieder als Zinstender zugeteilt. Dies entspricht der geldpolitischen Praxis vor der Krise.

Eine Erhöhung des Hauptrefinanzierungssatzes ist in diesem Jahr aufgrund der nach wie vor geringen Inflationserwartungen sowie der bestehenden Unterauslastung der Wirtschaft im Euroraum nicht erforderlich, da aufgrund der weniger expansiven Liquiditätsbereitstellung steigende Geldmarktsätze erwartet werden können. Die Rückkehr zu einer normalen Liquiditätspolitik sollte vorsichtig eingeleitet werden; allerdings wird dies derzeit erschwert. Zum einen ist die Lage auf den Kapitalmärkten unter anderem wegen der Haushaltskrise in Griechenland angespannt. Zum anderen kann von einer normalisierten Funktionsfähigkeit des Interbankengeldmarkts angesichts der anhaltend

hohen Schwankungen der täglichen Liquiditätsbedingungen der Banken noch immer keine Rede sein. Um mit der Rückführung der liquiditätspolitischen Sondermaßnahmen die Unsicherheit auf den Märkten aber nicht zusätzlich zu erhöhen, sollte die EZB kommunizieren, welche Indikatoren sie im Rahmen ihrer Liquiditätspolitik heranzieht bzw. welche Ziele sie hierbei verfolgt, so wie sie es auch für ihre Zinspolitik regelmäßig publiziert.

Arbeitskreis Konjunktur

Oliver Holtemöller

(Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

Hans-Ulrich Brautzsch,

Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich,

Katja Drechsel, Makram El-Shagi,

Sebastian Giesen, Martina Kämpfe, Axel Lindner,

Brigitte Loose, Udo Ludwig, Juliane Scharff,

Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
- Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011 -

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw erbstätige	0,0	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,6	- 0,7	- 0,5
Arbeitsvolumen	- 2,8	0,5	0,1	0,6	0,5	0,1	0,2
Arbeitszeit je Erw erbstätige	- 2,8	1,0	0,7	0,9	1,0	0,8	0,7
Produktivität ¹	- 2,2	1,2	1,7	1,3	1,2	2,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 5,0	1,8	1,8	1,9	1,7	2,2	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 887,8	1 904,7	1 941,4	925,7	979,0	943,4	998,0
Private Haushalte ²	1 414,7	1 418,1	1 444,8	691,7	726,4	703,9	740,8
Staat	473,1	486,6	496,7	234,1	252,6	239,5	257,2
Anlageinvestitionen	430,6	439,8	446,0	205,6	234,2	213,3	232,8
Ausrüstungen	158,2	160,3	165,0	75,8	84,6	78,0	87,1
Bauten	245,2	251,3	252,0	116,4	134,9	121,4	130,6
Sonstige Anlageinvestitionen	27,3	28,1	29,0	13,4	14,7	13,9	15,1
Vorratsveränderung ³	- 21,2	- 32,3	- 21,0	- 7,8	- 24,4	- 7,3	- 13,8
Inländische Verwendung	2 297,3	2 312,2	2 366,4	1 123,5	1 188,8	1 149,4	1 217,0
Außenbeitrag	109,9	158,4	173,6	82,5	75,9	91,0	82,6
Exporte	982,3	1 074,3	1 150,7	521,5	552,8	560,9	589,9
Importe	872,3	915,9	977,1	439,0	476,9	469,9	507,3
Bruttoinlandsprodukt	2 407,2	2 470,6	2 540,0	1 206,0	1 264,6	1 240,4	1 299,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,4	0,9	1,9	0,4	1,3	1,9	1,9
Private Haushalte ²	0,4	0,2	1,9	- 0,2	0,7	1,8	2,0
Staat	4,7	2,9	2,1	2,6	3,1	2,3	1,8
Anlageinvestitionen	- 9,3	2,1	1,4	1,1	3,1	3,7	- 0,6
Ausrüstungen	- 21,6	1,4	2,9	0,4	2,3	2,9	2,9
Bauten	0,1	2,5	0,3	1,3	3,6	4,3	- 3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	- 2,2	2,9	3,1	3,0	2,7	3,3	2,9
Inländische Verwendung	- 1,8	0,7	2,3	0,2	1,1	2,3	2,4
Exporte	- 16,7	9,4	7,1	10,4	8,4	7,5	6,7
Importe	- 14,8	5,0	6,7	3,3	6,6	7,0	6,4
Bruttoinlandsprodukt	- 3,5	2,6	2,8	3,2	2,1	2,9	2,8

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 684,0	1 685,0	1 701,5	824,6	860,5	833,5	868,0
Private Haushalte ²	1 252,7	1 248,2	1 260,9	610,5	637,6	616,8	644,2
Staat	431,8	437,7	441,5	214,5	223,3	217,2	224,3
Anlageinvestitionen	427,1	435,6	440,9	203,5	232,2	210,4	230,5
Ausrüstungen	178,7	183,7	190,8	86,1	97,7	89,5	101,3
Bauten	212,0	214,1	212,3	99,7	114,5	102,5	109,8
Sonstige Anlageinvestitionen	35,9	38,1	39,9	18,1	20,0	18,9	21,0
Inländische Verwendung	2 071,0	2 070,4	2 099,6	1 014,5	1 055,9	1 029,7	1 069,9
Exporte	996,8	1 073,8	1 139,6	522,6	551,2	557,2	582,4
Importe	912,6	946,3	1 001,6	456,2	490,1	482,5	519,1
Bruttoinlandsprodukt	2 160,9	2 199,2	2 239,3	1 080,8	1 118,4	1 104,2	1 135,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,9	0,1	1,0	- 0,4	0,5	1,1	0,9
Private Haushalte ²	0,2	- 0,4	1,0	- 1,0	0,2	1,0	1,0
Staat	3,0	1,4	0,9	1,2	1,6	1,3	0,5
Anlageinvestitionen	- 8,9	2,0	1,2	1,2	2,7	3,4	- 0,7
Ausrüstungen	- 20,5	2,8	3,9	1,8	3,8	4,0	3,7
Bauten	- 0,8	1,0	- 0,9	0,1	1,8	2,9	- 4,1
Sonstige Anlageinvestitionen	4,9	6,0	4,7	8,0	4,3	4,7	4,7
Inländische Verwendung	- 2,1	0,0	1,4	- 0,4	0,4	1,5	1,3
Exporte	- 14,2	7,7	6,1	8,7	6,8	6,6	5,7
Importe	- 8,9	3,7	5,8	3,3	4,0	5,8	5,9
Bruttoinlandsprodukt	- 5,0	1,8	1,8	1,9	1,7	2,2	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

- Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011 -

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,1	0,6	0,9	0,7	0,5	0,7	1,0
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,5	1,2	1,3	1,6	1,0	1,4
Anlageinvestitionen	- 0,5	0,1	0,2	- 0,1	0,4	0,3	0,1
Ausrüstungen	- 1,4	- 1,4	- 0,9	- 1,4	- 1,4	- 1,0	- 0,8
Bauten	0,9	1,5	1,1	1,2	1,7	1,4	0,9
Exporte	- 3,0	1,5	0,9	1,6	1,5	0,9	1,0
Importe	- 6,4	1,3	0,8	0,0	2,5	1,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,8	1,0	1,3	0,4	0,7	1,3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 804,5	1 794,1	1 811,6	887,5	906,6	892,1	919,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	232,4	231,3	232,0	112,2	119,1	112,8	119,2
Bruttolöhne und -gehälter	991,5	991,0	996,4	471,7	519,4	472,8	523,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	580,6	571,7	583,2	303,7	268,1	306,5	276,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	280,9	349,8	395,2	143,2	206,6	169,8	225,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 085,4	2 143,9	2 206,9	1 030,7	1 113,2	1 061,8	1 145,0
Abschreibungen	365,0	370,3	377,7	187,8	182,4	191,6	186,1
Bruttonationaleinkommen	2 450,4	2 514,1	2 584,5	1 218,5	1 295,6	1 253,4	1 331,1
nachrichtlich:			0,0				
Volkseinkommen	1 815,0	1 873,0	1 927,9	895,1	977,9	922,1	1 005,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	591,1	650,7	699,5	311,3	339,4	336,5	363,0
Arbeitnehmerentgelt	1 223,9	1 222,3	1 228,4	583,8	638,5	585,6	642,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	- 1,4	- 0,6	1,0	- 1,1	- 0,1	0,5	1,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,4	- 0,5	0,3	- 1,1	0,1	0,6	0,1
Bruttolöhne und -gehälter	- 0,4	0,0	0,5	- 0,1	0,0	0,2	0,8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	- 0,4	0,5	1,2	0,3	0,6	1,2	1,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 4,1	- 1,5	2,0	- 2,5	- 0,4	0,9	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 17,1	24,5	13,0	44,5	13,6	18,5	9,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	- 3,9	2,8	2,9	3,5	2,2	3,0	2,9
Abschreibungen	- 0,7	1,4	2,0	1,4	1,4	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	- 3,4	2,6	2,8	3,1	2,1	2,9	2,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	- 3,8	3,2	2,9	4,1	2,4	3,0	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 10,6	10,1	7,5	13,6	7,0	8,1	7,0
Arbeitnehmerentgelt	- 0,1	- 0,1	0,5	- 0,3	0,0	0,3	0,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 043,2	1 065,0	1 067,5	510,1	555,0	512,7	554,9
Nettolöhne und -gehälter	637,0	641,5	641,6	299,0	342,4	299,6	342,0
Monetäre Sozialleistungen	490,4	506,5	508,0	252,5	254,0	254,2	253,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	84,2	83,0	82,1	41,5	41,5	41,1	41,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	580,6	571,7	583,2	303,7	268,1	306,5	276,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 59,3	- 62,4	- 52,0	- 31,7	- 30,7	- 26,0	- 26,0
Verfügbares Einkommen	1 564,5	1 574,4	1 598,8	782,0	792,3	793,1	805,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,3	30,6	31,1	15,1	15,5	15,3	15,8
Konsumausgaben	1 414,7	1 418,1	1 444,8	691,7	726,4	703,9	740,8
Sparen	180,1	186,9	185,1	105,4	81,5	104,5	80,6
Sparquote (%) ⁶	11,3	11,6	11,4	13,2	10,1	12,9	9,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	2,1	0,2	1,9	2,3	0,5	0,0
Nettolöhne und -gehälter	- 0,9	0,7	0,0	0,0	1,3	0,2	- 0,1
Monetäre Sozialleistungen	8,3	3,3	0,3	3,5	3,0	0,7	- 0,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	7,6	- 1,5	- 1,1	- 2,0	- 1,0	- 1,0	- 1,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 4,1	- 1,5	2,0	- 2,5	- 0,4	0,9	3,2
Verfügbares Einkommen	0,4	0,6	1,6	0,3	1,0	1,4	1,7
Konsumausgaben	0,4	0,2	1,9	- 0,2	0,7	1,8	2,0
Sparen	0,9	3,8	- 1,0	4,0	3,4	- 0,9	- 1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

- Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011 -

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd. Euro

Einnahmen							
Steuern	562,9	548,6	557,9	276,1	272,5	277,4	280,4
Sozialbeiträge	411,1	415,4	418,1	203,1	212,2	204,5	213,6
Vermögenseinkommen	19,5	18,9	16,1	12,4	6,4	10,3	5,8
Sonstige Transfers	13,6	14,6	14,6	6,6	8,0	6,6	8,0
Vermögenstransfers	8,8	9,0	9,2	4,4	4,5	4,6	4,6
Verkäufe	49,5	51,6	52,8	24,6	27,1	25,2	27,6
Sonstige Subventionen	0,6	0,6	0,6	0,2	0,3	0,2	0,3
Insgesamt	1 066,0	1 058,6	1 069,2	527,5	531,1	528,8	540,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	310,8	321,4	330,3	154,1	167,3	158,5	171,8
Arbeitnehmerentgelt	177,0	181,0	182,8	86,4	94,6	87,7	95,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,5	68,2	75,0	33,5	34,7	36,5	38,4
Subventionen	32,8	31,9	29,6	15,6	16,3	14,4	15,2
Monetäre Sozialleistungen	444,0	460,1	461,6	229,3	230,8	231,0	230,6
Sonstige laufende Transfers	44,8	46,1	46,7	24,3	21,7	23,3	23,4
Vermögenstransfers	33,4	27,6	24,6	12,9	14,7	11,0	13,5
Bruttoinvestitionen	40,1	43,6	37,8	19,6	24,0	18,5	19,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,1	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 145,3	1 178,6	1 187,0	575,2	603,4	580,3	606,7
Finanzierungssaldo	- 79,3	- 120	- 118	- 48	- 72	- 51	- 66

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	- 5,0	- 2,5	1,7	- 3,3	- 1,8	0,5	2,9
Sozialbeiträge	0,7	1,0	0,7	0,9	1,1	0,7	0,7
Vermögenseinkommen	6,7	- 3,1	- 14,7	- 2,7	- 3,9	- 17,4	- 9,5
Sonstige Transfers	- 8,5	7,3	0,4	4,4	9,8	0,5	0,4
Vermögenstransfers	- 12,5	1,5	2,6	0,2	2,8	4,4	0,8
Verkäufe	4,1	4,2	2,3	5,6	3,1	2,4	2,2
Insgesamt	- 2,4	- 0,7	1,0	- 1,2	- 0,2	0,2	1,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	6,3	3,4	2,8	3,5	3,3	2,9	2,7
Arbeitnehmerentgelt	2,8	2,3	1,0	1,8	2,8	1,4	0,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 5,3	7,3	9,9	7,1	7,5	9,0	10,9
Subventionen	17,0	- 2,6	- 7,5	0,8	- 5,6	- 7,9	- 7,0
Monetäre Sozialleistungen	5,3	3,6	0,3	3,9	3,4	0,7	- 0,1
Sonstige laufende Transfers	11,4	2,8	1,4	17,6	- 9,9	- 4,2	7,7
Vermögenstransfers	0,6	- 17,4	- 11,0	- 21,3	- 13,7	- 14,6	- 7,7
Bruttoinvestitionen	7,0	8,9	- 13,3	18,0	2,4	- 5,6	- 19,7
Insgesamt	5,0	2,9	0,7	3,7	2,1	0,9	0,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH;
2010 und 2011: Prognose des IWH.